

# Überwachtes Exil

Martin Link

## Beobachtung und Bedrohung von politisch engagierten Exilierten in Deutschland

*Im Koalitionsvertrag von 2021 hatte die Ampelregierung erklärt, exilierte Journalist\*innen, Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen und ihre Arbeit "in besonderer Weise zu stärken und zu schützen, auch bei grenzüberschreitender Verfolgung". Leere Versprechungen?*

Unter dem Eindruck von Straftaten Einzelner, wie in Mannheim, Brokstedt oder zuletzt in Solingen geschehen, werden hierzulande Schutz suchende Menschen im öffentlichen politischen Diskurs pauschal eher als Gefährder, denn als Gefährdete gelesen. Das o.g. Versprechen von Sicherheit wird zunehmend brüchig.

Viele der Schutzsuchenden machen die Erfahrung, hier angekommen noch lange nicht sicher zu sein. Die Repressionen der Regime, ihrer Dienste und Handlanger, vor denen sie geflohen sind, reichen auch bis hierher. Wie kann das sein, mitten in Deutschland, einem demokratischen Rechtsstaat und einem der sichersten Länder der Welt? Die so im Fadenkreuz Befindlichen sind so zahlreich, wie zumindest hierzulande unbekannt und selten prominent wie z.B. Can Dündar, der ehemalige Chefredakteur der türkischen Zeitung Cumhurriyet.

Bei Demonstrationen laufen Spitzel der Regimes der Herkunftsstaaten hier exilierter Menschen mit – und fotografieren. Überwachungen passieren offenbar lückenlos, Wohnungen Exilierter werden – ohne dass die Täter sich um besondere Heimlichkeit bemühen – durchsucht. In einigen Fällen haben auch Anschläge auf Exilierte stattgefunden, mindestens bekommen sie regelmäßig Morddrohungen. Informationen aus den Oppositionskreisen in Deutschland landen offenbar direkt z.B. bei den iranischen, syrischen, eritreischen, russischen, vietnamesischen, chinesischen oder türkischen Geheimdiensten.

Teilnehmende von Demonstrationen oder öffentlichen Veranstaltungen berichten, ihre Verwandten in der Heimat seien von den Behörden eingeschüchtert und bedroht worden. Andere berichten von Schutzgelderpressungen, die mit

Gewaltandrohungen gegen Angehörige in der Heimat einhergehen. Und darüber hinaus komme es immer wieder vor, dass auch in den sozialen Medien zu Hass aufgerufen wird und zu Angriffen, auch zu physischen Übergriffen gegen exilierte Regimekritiker\*innen auch seitens der Botschaften und ihres Personals.

### Gefährdung Asylverfahren

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Asylsuchende versuchen, ins Asylverfahren ihre/n eigene/n Dolmetscher\*in einzubringen. Denn seit Jahren halten sich Berichte von Falschübersetzungen in Asylanörungen oder in Gerichtsverfahren von Landesleuten, die offenbar wenig Interesse an einer Flüchtlingsanerkennung der Personen haben, für die sie übersetzen. Denn die Dolmetscher\*innen, die i.d.R. für die Asylbehörden arbeiteten, seien oft selbst Anhänger\*innen oder zumindest Kostgänger\*innen der Regime der Herkunftsländer der Asylsuchenden. Die Folgen für die Betroffenen können gravierend sein, denn die persönliche Anhörung beim Asylbundesamt oder vor Gericht bildet die Grundlage für die spätere Einschätzung des Schutzstatus: Ob man langfristig in Deutschland bleiben darf oder nur geduldet und absehbar gar abgeschoben wird.

Mehr noch: 139 politische Gegner\*innen sollen seit 2016 allein von der türkischen Regierung im Ausland entführt worden sein. In den sozialen Netzwerken kursieren seit Jahren so genannte Hinrichtungslisten, auf denen auch türkische Exilant\*innen in Deutschland stehen. Einer von ihnen ist der o.g. Can Dündar. Seit 2018 gelten die vom türkischen Religionsministerium ferngesteuerten DITIB-Moscheen die Organisation als Prüffall des

Verfassungsschutzes und stehen deshalb unter Beobachtung. Ein Grund: DITIB-Imame sollen Gläubige bespitzelt haben.

Unter Eritreer\*innen gelten sowohl die Botschaft wie vor allem die hierzulande zahlreichen regimetreuen Kulturvereine als Zentren der Überwachung und Bedrohung von oppositionellen Exilierten – auch derer Angehörigen in der Heimat.

Wie oft ausländische Regime hinter Angriffen oder Straftaten in Deutschland stehen, lässt sich an Zahlen nur schwer festmachen. Denn gesteuerte ausländische Gewalt wird in den Statistiken der Polizei und Staatsanwaltschaften nicht gesondert erfasst. Und immer wieder berichten Betroffene, die Polizei nehme ihre Hinweise nicht ernst genug oder fühle sich nicht zuständig. „Klar ist, hundertprozentigen Schutz können wir nicht leisten“, erklärt Swantje Meer vom LKA Berlin.

### **Schutzlosigkeit und Verunsicherung**

Die internationale NGO Freedom House attestiert in ihrem Bericht aus dem Jahr 2022 der deutschen Regierung zwar „ein hohes Maß an Bewusstsein für grenzüberschreitende Repression“. Allerdings seien die politischen Reaktionen auf das repressive Verhalten ausländischer Staaten in Deutschland „inkonsistent“ und hätten „erhebliche Lücken“. So heißt es bei Freedom House: „Der nationale Sicherheitsrahmen Deutschlands geht nicht angemessen auf Bedrohungen der Menschenrechte von in Deutschland lebenden Personen durch ausländische Staaten ein. Stattdessen behindern ein starker Fokus auf die Prävention von Terrorismus und Radikalisierung sowie die Priorisierung widersprüchlicher außenpolitischer Ziele die Fähigkeit der Regierung, gegen grenzüberschreitende Repression vorzugehen.“

Diese politische Ignoranz im Einwanderungsland Deutschland rächt sich. Das Gefühl, ggf. schutzlos den Häschern oder gar gedungenen Mördern aus den Herkunftsländern ausgeliefert zu sein, und das migrationsfeindliche Getöse, das schon lange von Rechtsextremen, aber derzeit auch von wesentlichen Teilen der bürgerlichen politischen Klasse, von nicht wenigen ihrer Medien und von Regierungsvertreter\*innen und Teilen ihrer Exekutive ausgeht, gerät in der Wahrnehmung der hier eigentlich auf Willkommen, Schutz und eine friedliche

Ärzte ohne Grenzen

## **Ein System der gewaltsamen Abschreckung**

*Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit und Schutz sind, darunter Tausende Patient\*innen von Ärzte ohne Grenzen sind wiederholt und in zunehmendem Maße zu Schaden gekommen – ein klarer Beweis für die Absicht der Europäischen Union, Menschen abzuschrecken, festzuhalten und ihnen Schutz und Sicherheit zu verweigern.*

In den vergangenen Jahren hat sich in Europa, an seinen Grenzen und weit darüber hinaus, eine verheerende humanitäre Krise entwickelt. Diese ist durch die Politik der Auslagerung, Abschottung und Abschreckung verursacht und hat zu einem deutlichen Anstieg der Todesfälle, der Verzweiflung und des Elends unter den Menschen geführt, die versuchen, innerhalb der Europäischen Union (EU) Sicherheit und Schutz zu suchen.

In ganz Europa und darüber hinaus haben die Teams von Ärzten ohne Grenzen die verheerenden Konsequenzen der restriktiven EU-Migrationspolitik und -praxis aus erster Hand erlebt. Sie behandeln Menschen an Orten wie Libyen, dem Balkan, dem zentralen Mittelmeerraum, Polen, Griechenland und Italien, die unter schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen leiden.

Der im Frühjahr 2024 veröffentlichte Bericht fasst die Analysen der Einsätze von Ärzten ohne Grenzen in zwölf Ländern in Europa und Afrika sowie im zentralen Mittelmeer zusammen. Er zieht eine Bilanz der operativen Beobachtungen zwischen August 2021 und September 2023 und stützt sich dabei auf medizinische und operative Daten aus den Projekten sowie auf Berichte von Patient\*innen und Mitarbeitenden. Der Bericht zeigt auf, wie die Gesundheit, das Wohlergehen und die Würde von Menschen auf der Flucht systematisch durch die miteinander verknüpften brutalen Maßnahmen und Praktiken der EU und ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigt werden.

**Download des Berichtes:** <https://kurzlinks.de/77wb>

Zukunft hoffenden Betroffenen zu einer rundum verunsichernden Melange. Der Rückzug in die eigene Bubble und Ideen von Weiterwanderung greifen Raum. Öffentliche Proteste von Exilgruppen nehmen hingegen spürbar ab, ebenso die Beteiligung von Migrant\*innen an öffentlichen Veranstaltungen Dritter. Die Nachfrage von Beratungs-, Integrations- oder Angeboten zur Förderung eines diversen gesellschaftlichen Zusammenhalts haben es unter solchen Bedingungen zusätzlich schwer, ihre Zielgruppen und ihre Ziele zu erreichen.

Quellen: [www.hoerspielundfeature.de/der-lange-arm-der-diktatoren-100.html](http://www.hoerspielundfeature.de/der-lange-arm-der-diktatoren-100.html), [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)

Martin Link ist Mitarbeiter beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)